

Neue Aufgaben für die Gemeinde

Mit 59:44 Stimmen hat der Rat das Gesetz über die Förderung von Menschen mit Behinderungen verabschiedet.

Von Claudio Willi

Im Vorfeld machte sich Avenir Social Graubünden gegen die Neuerungen beim Gesetz über die Förderung von Menschen mit Behinderungen stark. Es wurde als kompliziert, teuer und missbrauchsanfällig beurteilt. In der Debatte nahmen *Ueli Bleiker* (BDP, Rothenbrunnen) und *Bettina Pfiffner* (SP, Igis) diese Kritikpunkte auf. Entgegen der Kommissionsmehrheit und Regierung forderten sie mit dem Antrag der Kommissionsminderheit dazu auf, dass auch im niederschweligen Bereich pädagogisch-therapeutische Massnahmen durch das kantonale Amt verfügt werden.

Ungerechtigkeiten vor Ort?

Ilario Bondolfi (CVP, Chur) unterstützte diese Haltung, ebenso *Elita Florin* (CVP, Bonaduz) und *Beatrice Baselgia* (SP, Domat/Ems). Denn entscheide die lokale Schulbehörde, so könnten Ungerechtigkeiten entstehen, da nicht

an allen Orten gleich beurteilt werde. Wenn die eine Hälfte vom Amt verantwortet werde, die andere Hälfte aber durch die Schulträgerschaft, so wird ein Abbau der Leistungen befürchtet.

Sonderpädagogisches Konzept

Für den Vorschlag laut Botschaft setzte sich *Reto Loepfe* (CVP, Rhäzüns) ein, denn die vorgeschlagene Lösung sei sinnvoll. In diesem Zusammenhang lobte er das vom kantonalen Amt durch *Giosch Gartmann* ausgearbeitet Konzept für Sonderschulen. Für den niederschweligen Bereich sei es aber besser, die Kompetenz vor Ort zu belassen. *Markus Feltscher* (FDP, Felsberg) nahm die Schulbehörden in Schutz, die sich in der Praxis gut auskennen würden. Regierungsrat *Martin Schmid* betonte, die Schulträgerschaft sei in jedem Fall verpflichtet, etwas zu tun, es brauche aber nicht von Anfang an alles in allen Bereichen über ein kantonales Amt geregelt zu werden. Nicht bestritten wurde, dass zahlreiche weitere Massnahmen wie Logopädie in den Massnahmenkatalog aufgenommen wurden. Fördermassnahmen im niederschweligen Bereich aber wurden wie in der Botschaft vorgesehen neu den Gemeinden überantwortet.